

Digitale Diskurse zwischen Partizipation und Konfrontation

Plädoyer für eine digitale Werteordnung

CAJA THIMM

Wie debattieren wir in der digitalen Sphäre – und wie verändern diese neuen Formen gesellschaftlicher Debatten unsere Demokratie? Die Autorin skizziert einen Transformationsprozess hin zu einer »digitalen Gesellschaft« und fordert eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung um eine »digitale Werteordnung«.

Lange stellte sich die Frage nach einer digitalen Debattenkultur nur denjenigen, die sich intensiv im digitalen Raum bewegen und sich als »netizens«, also Netzbürgerinnen und -bürger, verstanden. Aber die zunehmende Rolle internetbasierter Kommunikation, die massive Ausbreitung der partizipativen Plattformen (»soziale Medien«) und die vermehrte Nutzung eben dieser Plattformen durch große Teile der Bevölkerung haben dazu geführt, dass sich Fragen nach einer »digitalen Diskursethik« nunmehr für viele Menschen stellen. Dazu beigetragen haben vor allem negative Phänomene wie *Hate Speech*, *Fake News* und verbaler Rassismus, die vielen erst wirklich vor Augen führten, wie stark das Internet die Diskurskultur – und damit auch politische Kultur – bestimmen kann (Thimm, 2017).

Doch jenseits dieser Auswüchse wird inzwischen auch eher netzfernen Gruppierungen und Personen klar, dass im Netz eine neue Form von Öffentlichkeit entstanden ist – die digitale *Public Sphere*. Diese neue(n) digitale(n) Öffentlichkeit(en) haben in Bezug auf ihre Dynamiken, ihre Systematik und ihre Funktionalität jedoch mit den journalistisch kuratierten Massenmedien des vordigitalen Zeitalters wenig gemeinsam. Damit wird die Frage, was den öffentlichen Diskurs im Hinblick

auf demokratische Prozesse im Netzzeitalter auszeichnet und wie wir ihn als »digitale Citoyens« (Thimm, 2016) gestalten können, zu einer zentralen Herausforderung für die Demokratie.

Diskursdynamiken im Netz

Mit dem Aufkommen der digitalen, interaktiven Medien und damit neuer Beteiligungsoptionen haben sich auch die Strukturen von Öffentlichkeit verändert. Die in den letzten Jahren entstandene Netzöffentlichkeit ist nicht mehr nur als ein intermediäres Geflecht zwischen Gesellschaft, politischem System und Organisationen (Jarren & Donges, 2011), sondern als ein interdependentes System von Öffentlichkeit, Teil- und Gegenöffentlichkeiten anzusehen. Dieser Wandel beruht vor allem auf einer zentralen Veränderung in der Technologie der Medienproduktion: Heute sind wir alle Medienproduzent/inn/en, die mit einem Mausclick weltweit Informationen und Meinungen publizieren können. Dieser kategoriale Umbruch, der mit dem Begriff »Web 2.0« umschrieben und mit dem Schlagwort »user-generated content« verbunden ist, wurde in den letzten Jahren

von einem weiteren Technologieschritt fortgeführt: dem *Social Web*, das für die große Mehrheit der Nutzer/innen vor allem aus Plattformen wie Facebook, Twitter oder Instagram besteht.

»Die Massenmedien haben ihre Monopolstellung als Vermittler verloren.«

Ein bedeutsames Merkmal dieser Plattformen ist, dass sie die Strukturen gesellschaftlicher Öffentlichkeit verändern: »Sie brechen die Dominanz des Modus ›Massenkommunikation‹ und seiner institutionalisierten Formen, indem sie andere Modi, Arenen und Kontexte bereitstellen, die Kommunikationsinhalte für einen (potenziell) großen Personenkreis sichtbar und zugänglich machen« (Taddicken & Schmidt, 2017, S. 16). Vor allem große Anbieter wie Facebook oder Twitter ermöglichen durch ihre jeweils plattformspezifische Medienlogik (Thimm, Anastasiadis, & Einspänner-Pflock, 2018) einen weltweiten Austausch, der eine unabhängig von den traditionellen Verbreitungswegen eigenständige Öffentlichkeit ermöglicht.

Diese intensive Nutzung digitaler Plattformen hat Folgen für die politische Information, für politische Partizipation und damit auch für die Entwicklung von Demokratie. Denn obwohl die traditionellen Massenmedien wie Zeitung, Radio oder Fernsehen in Politik, Wirtschaft, Arbeit und Freizeit oder Bildung und Kunst auch heute noch allgegenwärtig sind, haben sie inzwischen ihre Monopolstellung als Vermittler zwischen politischen Akteur/inn/en der Zivilgesellschaft verloren. Das Internet übernimmt zunehmend die Funktion eines »digitalen Versammlungsortes« (Siedschlag, Rogg & Welzel, 2002, S. 89) und eröffnet auch für kleinteiligere Gruppeninteressen die Option zur Veröffentlichung.

Die Potenziale digitaler Medienangebote bieten dementsprechend auch für politisch motivierte Gegenkulturen – welcher Couleur auch immer – Chancen, ihre Interessen zu artikulieren. Grundsätzlich bilden Kommunikation und institutionalisierte Politik ein enges Geflecht zwischen der Vermittlungsfunktion nach außen (in der alltäglichen politischen Kommunikation gegenüber der Bürgerschaft), der Konstruktion neuer Zusammenhänge (bei Gesetzestexten) und der Selbstverständigung nach innen (in Fachdiskursen, Fraktionssitzungen oder Ausschüssen). Inzwischen nutzen auch

Politikerinnen und Politiker zunehmend soziale Medien wie Twitter oder Facebook, um sich in der Öffentlichkeit zu positionieren: So waren insgesamt 608 der 630 Bundestagsabgeordneten der 18. Wahlperiode auf mindestens einer Plattform aktiv. Am populärsten dabei war Facebook, das von 92 Prozent der Abgeordneten genutzt wurde, gefolgt von Twitter (61%) und Instagram (31%).¹ Damit eröffnen sich auch für die politische Beteiligung neue Wege der direkten Kommunikation zwischen Bürgerschaft, Zivilgesellschaft und den politischen Institutionen.

Solche Nutzungsoptionen haben in den letzten Jahren bei vielen Menschen die Hoffnung genährt, über soziale Medien mehr Einfluss auf die Gestaltung demokratischer Gesellschaftsformen zu bekommen. Politische und gesellschaftliche Entwicklungen wie der so genannte Arabische Frühling, die globale Occupy-Bewegung oder regionale und lokale Proteste von Bürgergruppen wie bei »Stuttgart 21« (Thimm & Bürger, 2013) belegen, dass das Internet für den demokratischen Artikulationsprozess zunehmend auch international und transnational beträchtliche Bedeutung hat. Aber insbesondere die digitalen Plattformen haben Techniken und Kulturen ihrer Verwendung herausgebildet, die aus demokratietheoretischen Perspektiven alarmierend sind.

Zwischen Filterblasen, Echokammern und *Fake News*

Während die traditionelle publizistische Öffentlichkeit von professionellen journalistischen Recherche- und Selektionsprozessen und entsprechenden Agenda-Setting-Prozessen bestimmt wird, gilt dies für die digitale Öffentlichkeit nicht. Oft wissen wir weder um die Wahrheit der geschilderten Ereignisse noch etwas über Autor/inn/en oder Hintergründe. Angesichts der Tatsache, dass in den USA bereits 68 Prozent aller Netznutzer Nachrichten über die sozialen Medien beziehen und 38 Prozent sogar exklusiv (Shearer & Gottfried, 2017), stellt sich die Frage nach der inhaltlichen Selektion von Informationen mit neuer Schärfe. Während im Idealfall öffentliche Sphären frei von staatlicher Zensur und unabhängig von privaten Interessen sind, wird das für das Internet selbst von den überzeugtesten Netzutopisten nicht mehr angenommen.

Besonders im Blickfeld der Kritik stehen dabei vor allem Entwicklungen wie die Entstehung technisch selektierter Öffentlichkeiten durch Algorithmen, die Manipulation und Fälschung von Informationen in Form von *Fake News* und die massive Abwertung von Personen in Form von *Hate Speech*.

Die Macht von algorithmengesteuerter Information, kontrolliert über große Plattformen und Suchmaschinen, wurde

¹ www.bitkom.org

von Eli Pariser (2011) in seinem Modell der »filter bubble« detailliert beschrieben und kritisiert. Diese Algorithmisierung von Informationsflüssen ist nicht nur bei Google, sondern auch bei allen anderen Plattformen gängige Praxis und steuert das Nachrichtenmenü der einzelnen Person in Anpassung an deren digitale Aktivitätsprofile. Einher mit dieser algorithmisierten Einschränkung des Informationsnetzwerkes geht ein zweiter Filterprozess, der sich unter dem Begriff »Echokammer« etabliert hat. Anders als bei den Filterblasen haben hier die User jedoch selbst einen großen Anteil an der Einschränkung, indem sie über *Likes* oder *Shares* Präferenzen in ihrem Netzwerk aktiv markieren. Diese Aktivitäten führen dann zur Ausbildung von Gruppen Gleichgesinnter, die sich als fragmentierte Öffentlichkeit darstellen.

»Besitzt das Modell von Habermas noch Geltungskraft?«

Das Phänomen der *Fake News* ist zwar aus der Propagandaforschung früherer Jahre bekannt, hat aber über die Digitalisierung eine völlig neue Dynamik erfahren (Kuhla, 2017). So können Falschmeldungen schnell und unkompliziert von allen verfasst oder (weiter-)verbreitet werden. Problematisch ist allerdings die Tatsache, dass sich falsche bzw. manipulierte Nachrichten schneller und weiter verbreiten als korrekte, wie eine große Studie von Vosoughi, Roy und Aral (2018) verdeutlicht hat. Zudem können Falschmeldungen zu einem erhöhten Misstrauen gegenüber Medieninformationen im Allgemeinen führen (Schultz et al., 2017). Dem amerikanischen Präsidenten dient der Begriff zur Verunglimpfung der kritischen Presse, was eine Unterscheidung von »echten« und »falschen« Nachrichten weiter erschwert.

Betrachtet man den medialen Wandel und die skizzierten strukturellen Veränderungen der Konstruktion von Öffentlichkeit und öffentlichen Diskursen, so stellt sich die Frage, ob das grundlegende Modell von Habermas für diesen digitalen Strukturwandel noch Geltungskraft besitzt (Habermas, 1992). Habermas sieht die Öffentlichkeit als den Ort an, an dem sich politische Meinungs- und Willensbildung (Input) der Bürgerinnen und Bürger einer Demokratie ereignen, die sich ihrerseits (rational) in öffentlichen Diskursen vollzieht und so kollektiv verbindliche Entscheidungen des politischen Systems (Output) legitimiert.

Dieses Modell der »deliberativen Demokratie« basiert maßgeblich auf der idealtypischen Prämisse, dass alle Mitglieder der Gesellschaft zu den für das Kollektiv wichtigen Themen Zugang haben, oder wie Habermas es formuliert: »Die Öffentlichkeit lässt sich am ehesten als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben; dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten« (Habermas, 1992, S. 436). Kennzeichnend für die deliberative Demokratietheorie ist vor allem die Legitimation politischer Entscheidungen durch einen gemeinschaftlichen Diskurs, durch den sich bei den Beteiligten politische Präferenzen herausbilden. Dieser Diskurs findet zwar auch im Netz statt, allerdings bilden sich zunehmend divergente Teilöffentlichkeiten, so dass eine gesamtgesellschaftliche, kollektive Meinungs- und Willensbildung erschwert wird.

Auch wenn die aufgelisteten Kritikpunkte mehrheitlich auf problematische Entwicklungen im Hinblick auf die Ausbildung demokratiefördernder Strukturen im Netz verweisen, so erscheint es doch unklug, die vielen Optionen, die das Internet für die politische Beteiligung nach wie vor bietet, völlig zu negieren. Besonders die Abwertung von technisch-algorithmisch oder durch Selbstselektion fragmentierten Öffentlichkeit(en) beachtet nicht, dass diese Form der kleineren Öffentlichkeit(en) als »Mini-Public« auch einen Raum für eigenständige Debatten darstellt und damit für die Demokratie einen wichtigen Stellenwert einnehmen kann (Thimm & Anastasiadis, 2017).

Digitale Moderne als Dystopie

Betrachtet man die Perspektivierungen auf diese digitale Lebenswelt, die aktuell den Diskursrahmen bestimmen, so lässt sich eine deutliche Dominanz der Kritik am Digitalen konstatieren (aktuelle Übersicht bei Lovink, 2017). Kritisiert werden die Techniken, ihre Gefahren für Gesellschaft, Familie und Arbeit, und betont wird der Opferstatus des völlig ausgelieferten, ausspionierten und manipulierten Einzelnen. Vielfach scheint Einigkeit darüber zu bestehen, dass Dystopie, Disruption und Desillusionierung als zentrale Themen zu benennen sind. Besonders bedrohlich erscheint der Einsatz von Algorithmen: Der Facebook-Skandal um die Datennutzung durch »Cambridge Analytica« führte auch einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen, wozu ihre ganz persönlichen Daten genutzt werden können.

Entsprechend wird in der aktuellen Debatte um die Zukunft der digitalisierten Gesellschaft vor allem eine Form der digitalen Moderne entwickelt, die mehr und mehr die Gegenwart zur Hoffnung auf Demokratisierung, Wohlstand und Partizipation ist. Man warnt vor der unkontrollierten Sammlung

»Die Welt erscheint im digitalen Kosmos gefangen.«

und Speicherung von personenbezogenen Daten, vor Manipulation durch mächtige, aber undurchsichtige Internetkonzerne oder Staats-Agenturen, erkennt umfassende Überwachung, Zensur und Gängelung, Schwerstkriminalität, Einflussnahme durch künstliche Intelligenzen und die Okkupation des Netzes durch Geheimdienste oder Großkonzerne.

Dabei wird diese Perspektive dadurch verschärft, dass die Welt in diesem digitalen Kosmos gefangen erscheint. Die digitale Übermacht, deren kulturpessimistische Überhöhungen den Unterton vieler Debattenbeiträge ausmachen, bildet die Grundlage der meisten Überlegungen zur »digitalen Moderne«. Fragt man nach den Gründen für diese Form der Auslegungen, so kann die Technikskepsis, die Menschen seit jeher befällt, wenn sie großer Umwälzungen gewahr werden, als eine (wenn auch nicht hinreichende) Erklärung dienen.

Fraglos ist, dass sich alle Gesellschaften auf dem Weg in die digitale Zukunft vielen noch ungelösten Herausforderungen gegenüber sehen, die dringend politischer Konzepte bedürfen. Zentral erscheint es daher, sich über die Werte zu verständigen, die in der »digitalen Lebenswelt« zu den zentralen ethischen Leitlinien gehören sollen.

Plädoyer für eine digitale Werteordnung

Die skizzierten Strukturmerkmale des Digitalen verweisen darauf, dass wir uns in einem massiven Transformationsprozess befinden – dem »Metaprozess der Mediatisierung der Gesellschaft« (Krotz, 2007). Wie stark die Sorge ist, dass sich diese Mediatisierungsprozesse negativ auf gesellschaftliche Diskurse auswirken, zeigen erste politische Versuche der Regulierung der Netzöffentlichkeit in den sozialen Medien. Das vom Bundestag verabschiedete »Netzwerkdurchsetzungsgesetz« will die Plattformen dazu veranlassen, »offensichtlich strafbare Inhalte« innerhalb von 24 Stunden zu löschen. Andernfalls drohen Bußgelder bis zu 50 Millionen Euro. Kritiker sehen hier ein Demokratieproblem, da das Gesetz die die Gefahr birgt, dass im Zweifelsfall auch rechtmäßige Äußerungen gelöscht werden, um einem Bußgeld zu entgehen. Zudem werden eigentlich staatliche Aufgaben auf einen privaten Anbieter übertragen.

Das Gesetz soll also *Hate Speech* bekämpfen, geht aber gleichzeitig das Risiko ein, auch die Meinungsfreiheit zu gefährden. So treffend man gegen eine solchermaßen staatlich regulierte Netzöffentlichkeit argumentieren kann, so klar wird aber auch, dass das Internet ein zu mächtiges Element von Gesellschaft geworden ist, um es auf ewig von staatlichen Einflüssen frei zu halten. Nur stellt sich die Frage, wo und wie diese Eingriffe debattiert werden, wer an der Debatte teilnehmen darf und wie über die Eingriffe entschieden wird. Der Entwurf für ein Grundgesetz bzw. eine »Charta für das Netz« (<https://digitalcharta.eu/>) hat hier klare politische Positionen bezogen und Ziele verdeutlicht – es fehlt aber weiterhin die breite gesellschaftliche Erkenntnis der Notwendigkeit solcher Regelungen und zudem das Bewusstsein der persönlichen Verantwortung, die wir als digitale Staatsbürger/innen im Netz haben.

Für viele erscheint die Tragweite dieser Entwicklung nicht wirklich ersichtlich. Hieraus resultiert, so das Fazit aus der heutigen Sicht, ein dringendes Desiderat im Hinblick auf die Herausbildung einer »digitalen Werteordnung«, die die Fundamente für eine digitale Gesellschaft legen kann. Es erscheint gerade angesichts von Algorithmenmacht, *Fake News* und *Hate Speech* dringlich, die essenziellen ethischen und moralischen Linien, die uns in Zukunft prägen sollen, in breiteren Teilen der Bevölkerung zu diskutieren. Es bedarf einer Debatte in der Zivilgesellschaft, aber auch in Politik und Wirtschaft zu der Frage, wie wir im Netz leben, arbeiten, diskutieren und Politik machen wollen.

Wenn wir akzeptieren, dass es auf dem Weg zu einer digitalen Gesellschaft kein Zurück gibt, so kann die gemeinschaftliche Konsensfindung in Bezug auf eine digitale Werteordnung für unser Miteinander im Netz als eine der wichtigsten Herausforderungen der nächsten Jahre angesehen werden. Hier kommt der Erwachsenenbildung eine entscheidende Rolle zu, denn noch immer erscheint für viele Menschen in Deutschland das Internet als eine Art »Neuland«, das man aus der Ferne zwar zur Kenntnis nimmt und da, wo es praktisch erscheint, durchaus nutzt, aber nicht als Einflussfaktor auf die eigene Lebenswirklichkeit ansieht. Die massiven Umwälzungen, die für viele Menschen aus der Datafizierung² aller gesellschaftlichen Prozesse resultieren werden, sind für die große Mehrheit der Bevölkerung bisher kaum präsent. Dabei betreffen Themen wie digitale Gesundheit, Sicherheit, Mobilität bis hin zur Kriegsführung uns alle gleichermaßen.

Sieht man die Datafizierung als solchermaßen umfassend an, so wird auch die zentrale Rolle der Erwachsenenbildung

² Der Begriff der Datafizierung oder *datafication* umschreibt die Möglichkeit und den Prozess, alle möglichen Aspekte und Phänomene der Welt und des alltäglichen Lebens als Daten darstellbar zu machen, zu quantifizieren und auszuwerten (Cukier & Mayer-Schönberger, 2013).



ersichtlich. Sie hat einerseits die Aufgabe, niedrigschwellige Informationen anzubieten und so diese Themen für große Teile der Bevölkerung zugänglich zu machen. Aber Erwachsenenbildung sollte auch heißen, Orte für Debatten und Auseinandersetzung anzubieten – im digitalen Raum, aber durchaus auch in Form tradierter Öffentlichkeit. Existierende Netzwerke zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik bilden hier eine wichtige Basis.

Erst wenn uns allen deutlich wird, dass das Internet nicht nur ein Ort für digitalen Konsum oder die Familienorganisation über WhatsApp ist, sondern auch der Ort für gesellschaftlich wichtige Debatten, wird digitale Öffentlichkeit für alle greifbar und unmittelbar.



DR. CAJA THIMM

ist Professorin für »Medienwissenschaft und Intermedialität« an der Universität Bonn und Koordinatorin und Sprecherin des NRW-Forschungsprogramms »Digitale Gesellschaft«.

thimm@uni-bonn.de

Cukier, K. & Mayer-Schönberger, V. (2013). The Rise of Big Data. In *Foreign Affairs* 92 (3), 28–40.

Habermas, J. (1963/1992). *Strukturwandel der Öffentlichkeit, Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Krotz, F. (2007). *Mediatisierung. Fallstudien zum Wandel von Kommunikation*. Wiesbaden: vs.

Kuhla, K. (2017). *Fake News*. Hamburg: Carlsen.

Lovink, G. (2017). *Im Bann der Plattformen. Die nächste Runde der Netzkritik*. Berlin: Transkript.

Pariser, E. (2011). *The Filter Bubble. What the Internet is hiding from you*. New York: Penguin.

Schultz, T., Jakob, N., Ziegele, M., Quiring, O. & Schemer, C. (2017). Erosion des Vertrauens zwischen Medien und Publikum? *Mediaperspektiven*, (5/2017), 246–259.

Shearer, E. & Gottfried, J. (2017): *News use across social media platforms 2017*. Verfügbar unter www.journalism.org/2017/09/07/news-use-across-social-media-platforms-2017

Siedschlag, A., Rogg, A. & Welzel, C. (2002). *Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet*. Opladen: Leske und Budrich.

Thimm, C. (2016). Digitale Demokratie im Kreuzfeuer – der mühsame Weg zum Digitalen Citizen. In I. Pöttinger, R. Fries & T. Kalwar (Hrsg.), *Doing Politics – politisch agieren in der digitalen Gesellschaft* (S. 51–68). München: kopaed.

Thimm, C. (2017). Hate Speech und Shitstorms als digitale (Un-)kultur: Politische und persönliche Reaktionsformen auf Hass im Netz. *Merz – Zeitschrift für Medienpädagogik*, 61 (3), 52–58.

Thimm, C., Anastasiadis, M. & Einspänner-Pflock, J. (Hrsg.) (2018). *Media Logic(s) Revisited. Modelling the Interplay between Media Institutions, Media Technology and Societal Change*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Thimm, C. & Anastasiadis, M. (2017). Kernkonzepte der Kommunikationswissenschaft im Wandel – Digitale Öffentlichkeit zwischen Fragmentierung, Polymedia und »Mini-Publics«. In M. Beiler & B. Bigl (Hrsg.), *100 Jahre Kommunikationswissenschaft. Kommunikationswissenschaft als Integrationsdisziplin sowie Kommunikation im Wandel – Aktuelle Befunde* (S. 231–246). Konstanz: uvk.

Thimm, C. & Bürger, T. (2013). Digitale Partizipation im politischen Kontext – »Wutbürger« online. In M. Friedrichsen & R. A. Kohn (Hrsg.), *Liquid Democracy. Digitale Politikvermittlung – Chancen und Risiken interaktiver Medien* (S. 255–272). Wiesbaden: vs.

Vosoughi, S., Roy, D. & Aral, S. (2018). The Spread of True and False Online News. *Science*, 359, (6380), 1146–1151, DOI: 10.1126/science.aap9559